

## Innerpolitisches.

### Ministerpräsident v. Seidler beim Kaiser.

Der Kaiser hat heute abend den Ministerpräsidenten Dr. Ritter v. Seidler in besonderer Audienz empfangen.

### Christlichsoziale Vereinigung.

Die in Wien anwesenden Mitglieder der Christlichsozialen Vereinigung traten heute zu einer Erörterung der jüngsten politischen Vorgänge, insbesondere zur Besprechung der immer schwieriger gewordenen Ernährungsnot zusammen. Die bäuerlichen Vertreter anerkannten die schwierige Ernährungslage der Städte, schilderten aber auch in sehr erregter Stimmung die Gefahren, die für den gesamten landwirtschaftlichen Betrieb, insbesondere für die Ernährung der Arbeitskräfte und für die Sicherung der Ernte und daher für die künftige Versorgung der gesamten Bevölkerung aus den neu angeordneten Requisitionen erwachsen. Alle Anwesenden waren einig in der Beurteilung der ungeschickten, unzulänglichen Organisation des Ernährungsdienstes und stellten fest, daß die Christlichsoziale Partei wiederholt und rechtzeitig, aber vergeblich auf die Folgen aufmerksam gemacht habe, die sich aus dem grundsätzlichen System unserer Ernährungs politik mit Notwendigkeit ergaben. Die Redner geben weiter der Erbitterung darüber Ausdruck, daß die tschechischen Gebiete vielfach nur einen Bruchteil der von ihnen aufzubringenden Quote geleistet haben sollen, während die deutschen Kronländer in ungleich höherem Maße zur Ablieferung herangezogen wurden. Einmütig wurde daher verlangt, daß die Klubleitung bei der Regierung vorstellig werde, daß vorerst in jenen Gegenden requiriert werde, die der Ausbringungspflicht nicht im gleichen Maße entsprachen, wie die deutschen Kronländer, und daß auch das reichere Ungarn zu einer entsprechenden rascheren Lieferung veranlaßt werde. Ebenso sollen die Nutznießer des blühenden Schleichhandels durch scharfe Maßregeln herangezogen und müsse insbesondere bei reichen Privaten requiriert werden. Namens der Christlichsozialen Vereinigung wird eine Abordnung beim Ministerpräsidenten vorsprechen, um ein energisches Eingreifen der Regierung an den richtigen Stellen zu verlangen.

Im übrigen wurde die parlamentarische Lage sehr eingehend durchberaten, von einer Beschlussfassung jedoch heute abgesehen und dieselbe einer neuerlichen Vollziehung zu Beginn der nächsten Woche vorbehalten.

### Der Rücktritt des Präsidenten des Herrenhauses.

Unmittelbar nach den Besprechungen, die heute vormittags im Präsidium des Herrenhauses stattfanden und in denen Präsident Fürst Windischgrätz infolge des Einspruches des Obmannes der Rechten Fürsten Lobkowitz das Verlangen der Mittel- und der Verfassungspartei nach Einberufung einer Herrenhaus-sitzung für Freitag zur Verhandlung einer Kundgebung dieser beiden Parteien ablehnte, wurde offiziell mitgeteilt, daß Präsident des Herrenhauses Fürst Windischgrätz gestern abends an den Ministerpräsidenten Dr. R. v. Seidler das Ersuchen gerichtet hat, seine Enthebung von diesem Amte an Allerhöchster Stelle zu erwirken. In parlamentarischen Kreisen herrscht die Meinung vor, daß der Kaiser diesem Ansuchen des Fürsten Windischgrätz, der seit 1897 Präsident des Herrenhauses ist, nicht Folge geben wird. Fürst Windischgrätz teilte heute dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses Doktor

Groß seine Rücktrittsabsicht mit und wohnte der Sitzung nicht mehr bei, die die in Wien weilenden Mitglieder der Rechten mittags abhielten. Man stimmte dort der Haltung des Fürsten Windischgrätz zu, gab jedoch der Erwartung Ausdruck, daß er im Amte bleiben werde, womit ein neuerlicher Vertrauensbeweis der Krone für den Präsidenten verbunden wäre, der nicht ohne Rückwirkung für das gesamte Haus wäre.

Die Mittel- und die Verfassungspartei hielten heute eine Beratung ab, in der beschlossen wurde, infolge der Unmöglichkeit, in einer Sitzung des Herrenhauses die geplante Kundgebung zur Debatte zu stellen, diese Kundgebung dem Ministerpräsidenten zu überreichen und sodann zu veröffentlichen. Da Dr. R. v. Seidler heute nachmittags verhindert war, wird die Ueberreichung morgen stattfinden.

### Eine Oppositionsdrohung der Deutschnationalen.

Heute vormittags wurden die Besprechungen der Deutschnationalen Führer mit der Regierung fortgesetzt. Wie verlautet, verlangten diese von der Regierung die Durchführung der nationalen Abgrenzung in Böhmen, die Eindämmung der südslavischen Agitation, die Errichtung einer deutschen nautischen Schule in Triest, eine alte Forderung der Christlichsozialen, und die Errichtung des Trautnauer Kreisgerichtes. Nachmittags hielten die Deutschnationalen Parteiberatungen ab.

Die Deutschradikale Vereinigung hat heute, wie parteiamtlich verlautbart wird, beschlossen, bei Zusammentreten des Abgeordnetenhauses eine dringliche Anfrage betreffs der Ernährungsverhältnisse in Deutschböhmen einzubringen, ebenso hinsichtlich des Widerspruchs zwischen der Rede des früheren Ministers des Neuhern Grafen Czernin vom 2. April und der Ansprache des Ministerpräsidenten Dr. R. v. Seidler an die Vertreter der tschechischen Parteien, ferner die umgehende parlamentarische Behandlung der § 14-Verordnung über den Gerichtsstand des Hauses Warma zu verlangen. Ferner wurde die Haltung der Vertreter im Leitungsausschusse festgelegt und einstimmig folgende Entschliessung angenommen:

Die deutschradikale Partei kann nur eine solche Regierung unterstützen, die 1. die Bürgschaften bietet, daß die auswärtige Politik vom verantwortlichen Minister des Neuhern unter Ausschluß aller Beeinflussung von unverantwortlicher Seite in der bisherigen Richtung in engerster Fühlungnahme mit dem verbündeten Deutschen Reich weitergeführt werde:

2. die Selbständigkeit und Selbstverwaltung Deutschböhmens unter Durchführung der nationalen Abgrenzung verwirklicht und die

3. die ausreichende Versorgung Deutschböhmens mit Lebensmitteln und Bedarfsartikeln einschließlich der Rohle dauernd sicherstellt.

Abends trat sodann der Leitungsausschuß der deutschnationalen Parteien zusammen. Es waren von den 25 Mitgliedern 24 erschienen. Die Stimmung des Ausschusses erwies sich als sehr erregt. In der Beratung, die bis in die Nachtstunden dauerte, wurde von deutschradikaler Seite der Antrag vorgelegt, in die Opposition zur Regierung einzutreten. In der Debatte wurde erklärt, daß die Zusagen, die Dr. R. v. Seidler gegenüber den Vertretern der Deutschnationalen in den verschiedenen Besprechungen gegeben hat, ungenügend seien und daß keine zureichenden Bürgschaften dafür vorhanden seien, daß selbst diese geringfügigen Zusagen verwirklicht und durchgeführt werden. Die Deutschnationalen könnten daher der Regierung kein Vertrauen mehr entgegenbringen. Der deutschradikale Abg. Teufel machte auf die Folgen eines solchen taktischen Beschlusses aufmerksam und forderte, daß, bevor der Verband seine endgültige Haltung zur Regierung festlege, alle Folgen genau erwogen würden. Im weiteren Verlaufe der Erörterung wurden auch der Rücktritt des Grafen Czernin und dessen Rückwirkung auf die innere Politik, ferner die Ernährungsfragen besprochen, aus denen sich vielfach die Erregung der Deutschnationalen zur Regierung erklärt. Die Stimmung des Ausschusses war im allgemeinen geteilt, doch überwog entschieden die Neigung zur Opposition. Die Beratungen werden morgen fortgesetzt werden. Ihr Abschluß schien heute schon deshalb nicht angezeigt, da man noch die für morgen angekündigte Kundgebung des Herrenhauses abzuwarten beabsichtigt. Der Beschluß des Ausschusses wird sodann den einzelnen deutschnationalen Parteien des Verbandes zur endgültigen Stellungnahme übermittelt werden.

### Eine Gegendrohung der Tschechen und Südslaven.

Die Slav. Korr. teilt folgende parteiamtliche Verlautbarung mit: Heute fanden sich die Abg. Habermann, Dr. Gruban, Dr. Korosec, R. v. Bogacnik, Stanek und Tufar in Vertretung des Tschechischen Verbandes und des Südslavischen Klubs beim Ministerpräsidenten ein und legten ihm die Frage vor, ob die deutschbürgerlichen Parteien tatsächlich der Regierung einseitig nationale und auf Verfolgung der Tschechen und Südslaven gerichtete Forderungen vorgelegt haben und ob der Ministerpräsident gewillt sei, sie zu erfüllen, vielleicht als Prämie dafür, daß im gegenwärtigen Zeitpunkte nicht nur die deutschbürgerlichen Parteien, sondern auch Herrenhausparteien dem Throne und dem Staate „die Treue kündigen“. Der Ministerpräsident gab zu, daß über bekannte Forderungen der deutschbürgerlichen Parteien auch in der letzten Zeit verhandelt worden sei, erklärte jedoch, daß bisher noch keine Entscheidung getroffen wurde. Von Ungerechtigkeiten gegenüber irgend einem Volksstamme könne hierbei selbstverständlich keine Rede sein. Die Vertreter der obgenannten Parteien ließen den Ministerpräsidenten nicht

im Unklaren, daß jedwede Verfolgung ihrer Volksstämme und die einseitige Lösung der deutschbürgerlichen Forderungen auf ihren stärksten Widerstand stoßen und den Bestand des Parlamentarismus in Frage stellen würde.